

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Zukunft möglich machen

- Ministerin Schick über die Schwerpunkte der Bildungspolitik

Eine Zwei ist eine Drei ist eine Vier

- Prof. Renate Valtin über die Vergleichbarkeit von Noten

In der Versuchsphase stecken geblieben

- Städtetagspräsident Ivo Gönner zur Ganztagschule

Konkurrenzkampf um die Besten

- Worauf Porsche bei seinen Azubis achtet

Schüler oft zu jung und zu unreif

- Philologenverband für Korrekturen bei G8

Aufgewachsen im Tränensee

- Studie über die Auswirkung frühkindlicher Erfahrungen

Beim Mathetest fast chancenlos

- Studie vergleicht Abitur in Hamburg und Baden-Württemberg

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Bildungspolitik: Schwerpunkte der neuen Kultusministerin	3	Unterricht: Wie der Mathetiger richtig eingesetzt wird	20
Neuwahlen: Der neue LEB-Vorstand	4	Der LEB informiert:	
Grundschule: Zensuren oft fragwürdig	4	Schulsozialarbeit: LEB fordert Co-Finanzierung des Landes	21
Interview: Städtetagspräsident Ivo Gönner zur Bildungspolitik	7	Neue Werkrealschule: LEB sieht noch Klärungsbedarf	22
Ausbildung: Worauf Porsche bei Bewerbern achtet	9	Grundschule: Fremdsprache muss evaluiert werden	22
Risikokinder: Auswirkungen frühkindlicher Erfahrungen	10	Organisationserlass: LEB kritisiert Schwachstellen	23
Orientierungsplan: Kindergartenpersonal enttäuscht	13	Hochschule aktuell	
Gymnasium: Korrekturen im G8 gefordert	15	Bologna-Prozess: Minister Frankenberg zieht Zwischenbilanz	24
Neue Studie: G8-Schüler schlechter in Mathe	17	Studienplatz: Servicestelle hilft bei der Wahl	25
Abitur: Studie vergleicht Hamburg und Baden-Württemberg	18	Mein Studienalltag: Aktuelles zur Molekularen Medizin	26



Matthias Fiola, Vorsitzender des Landeselternbeirats

Das erste Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

am 24.3.2010 hat mich der Landeselternbeirat zum 1. Vorsitzenden des Gremiums gewählt.

Ich übernehme dieses Amt in Zeiten, in denen das Thema Bildung zumindest in den Diskussionen einen hohen Stellenwert hat, die Politik aber noch viele Antworten schuldig geblieben ist.

Mit ganz vorne in diesen Diskussionen waren immer unsere beiden scheidenden Vorsitzenden Christiane Staab und Sylvia Wiegert, die mit überaus großem Engagement die Themen des Landeselternbeirats transportiert haben, sich laut und deutlich zu Wort gemeldet haben und manchmal auch in spitzer Überhöhung pointiert haben. Dass sie damit richtig lagen, zeigten die vielen anerkennenden Zuschriften und öffentlichen Äußerungen anlässlich ihres Rücktritts. Ihnen beiden gebührt unser aufrichtiger Dank. Diese Arbeit fortzuführen, den Stab zu übernehmen und weiterzutragen, sehe ich als meine Aufgabe an.

So wünsche ich uns allen diese Hartnäckigkeit und das genaue Hinschauen. Denn alles, was in der Schule und für die Schule geschieht, darf nur einen Fokus haben: die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler und deren Klassen.

Mit herzlichen Grüßen

Matthias Fiola

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Matthias Fiola – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Schüler oft zu jung und zu unreif

Korrekturen im G8 und bei Benotung der Grundschulfremdsprache notwendig

Der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW), Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien, sieht den schulischen Reformprozess, den das Land Baden-Württemberg in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat, durchaus positiv. Inzwischen kristallisierte sich aber auch heraus, dass im noch laufenden Bildungsreformprozess Nachbesserungen erforderlich sind, so die Verbandsspitze. Das gelte für alle Schularten – auch für das Gymnasium. Kontroverse Bildungsdiskussionen sowie auch ein Schlechtreden der Hauptschule und Werkrealschule führten laut Verband nicht nur bei Eltern zu Verunsicherungen. Mit dem folgenden Beitrag soll aufgezeigt werden, welche bildungspolitischen Positionen der Philologenverband Baden-Württemberg vertritt und wo seiner Meinung nach noch Korrekturbedarf besteht, um die Qualität des gymnasialen Bildungsweges zu erhalten.



Hans-Eckhard Giebel

Im Ländervergleich steht Baden-Württemberg recht gut da: Es hat bundesweit die wenigsten Schulabbrecher ohne Abschluss und den höchsten Anteil junger Menschen, die erfolgreich einen Beruf erlernen. Dabei sollte es aber nicht bleiben. Ziel muss es sein, dass wirklich alle jungen Menschen ihren Weg in ein erfülltes Berufsleben finden. Keiner darf als Mensch verloren gehen!

Wechsel von der Grundschule auf das Gymnasium

Nicht für jedes Kind ist das Gymnasium die richtige Schulart. Wenn ein Schüler der weiterführenden Schule beispielsweise dauernd Nachhilfe benötigt, dann muss die Frage beantwortet werden, ob für dieses Kind die richtige Schulwahl getroffen wurde. Außer dem Gymnasium gibt es weitere schulische Bildungswege, die dem unterschiedlichen Begabungspotenzial und dem Leistungsvermögen eines Kindes gerecht werden. Nach Auffassung des Philologenverbandes sollten Grundschulleitern ihre Kinder nicht mit überzogenen und nicht erfüllbaren Leistungserwartungen überfordern.

Wenn in einer jüngst veröffentlichten Bertelsmann-Studie auch das deutsche Schulsystem für den hohen Bedarf an Nachhilfe mit verantwortlich gemacht und dabei auf angeblich bessere Schulsysteme anderer Länder verwiesen wird, dann sollte auch ein Blick auf die Qualität und die Aussagekraft der Schulabschlüsse anderer Länder geworfen werden. Auf keinen Fall darf gute Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Im Übrigen gilt für alle Schularten – auch für das Gymnasium: Kleine Klassen, eine hundertprozentige Lehrerversorgung mit funktionierender Lehrerreserve für Krankheitsvertretungen, organisierte Hausaufgabenbetreuung und ein gutes Schulklima sind gute Voraussetzungen, um vorhandene und nicht genutzte Begabungsreserven eines Kindes noch besser zu fördern, sodass auf Nachhilfe verzichtet werden kann.

Auf Grundschulempfehlung nicht verzichten

Der Philologenverband begrüßt grundsätzlich die Position der neuen Kultusministerin Marion Schick zur Grundschulemp-

fehlung. Die Ministerin hatte kurz nach ihrem Amtsantritt betont, dass der Grundschulempfehlung keine abschließende Bedeutung für den zukünftigen Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler zukommt. Wir sagen: Mit der Wahl eines bestimmten Bildungsweges ist noch längst keine endgültige Entscheidung über den erreichbaren Abschluss getroffen. Ein durchlässiges Schulsystem ermöglicht einen Blick an der Begabung und am Leistungsvermögen des Kindes orientierenden qualifizierten Bildungsabschluss.

Letztlich gilt: Das Gymnasium ist sicher eine sehr attraktive, aber nicht die einzige Schulart im vielfältig durchlässigen baden-württembergischen Bildungssystem. Eltern, die auf der Basis der Grundschulempfehlung diesen Weg wählen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass mit der Entscheidung für ein Gymnasium von ihren Kindern ein höheres Maß an Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft verbunden ist. Für ein Kind, das schon in der Grundschule dauerhaft Nachhilfe benötigt, wäre das Gymnasium wohl eher der falsche Weg.

Grundschullehrer, die ihre Schüler zwei Jahre begleiten, können nach Auffassung des Philologenverbandes durchaus eine fundierte Prognose erstellen, ob ein Kind den Anforderungen des Gymnasiums gewachsen sein wird. Für Eltern, die sich im Entscheidungsprozess der Schulwahl befinden, stellt sie eine wichtige Hilfe dar. Eine differenzierte Förderung muss sich stets auch am Entwicklungsstand und an den Entwicklungsmöglichkeiten eines Kindes orientieren.

Möglichkeit: Zentral gestellte Aufgaben

Der Philologenverband vertritt den Standpunkt, dass bei der Beurteilung im Vorfeld des Schulübergangs auch die Grundschulfremdsprache mit in die Bewertung einbezogen werden sollte. Zumindest ab der 3. Klasse sollte die Grundschulfremdsprache benotet werden. Durchaus hilfreich für eine umfassendere Prognose wären da auch die in den 80er Jahren abgeschafften zentral gestellten Aufgaben am Ende des ersten Halbjahres der vierten Klasse in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache auf der Basis abprüfbarer Standards. Es hat sich herausgestellt, dass bei Grundschulern, die an die Gymnasien wechseln, zum Teil große Unterschiede in ihren fremdsprachlichen Kenntnissen und in ihrem Wissensstand bestehen. Der Philologenverband fordert deshalb professionell ausgebildete Englischlehrer und einen Beginn der Fremdsprache erst in Klasse drei und dann vierstündig, um wichtige Übungsphasen zu gewährleisten. Eine angemessene Leistungsbeurteilung/Evaluation sollte einheitlich auch in der Grundschulfremdsprache kein Tabu sein.

Zwei Doppelstunden Fremdsprache pro Woche reichen für einen vertieften Zugang zur Fremdsprache nicht aus, zumal die Ergebnisse des Fremdsprachenunterrichts der Grundschule nicht mit dem Fremdsprachenunterricht des Gymnasiums verrechenbar sind. Der Philologenverband vertritt im Übrigen den Standpunkt, dass einzelne Fächer nicht auf Kosten anderer Fächer profitieren dürfen. Gerade in der Un-

terstufe sollte täglich Fremdsprachenunterricht erteilt werden – eine Kürzung der Stundenzahl ist für einen qualifizierten Fremdspracherwerb kontraproduktiv. Begrüßt wird vom Philologenverband, dass die Qualität der Sprachförderung im vorschulischen Bereich weiter verbessert werden soll. So ist das Kultusministerium mit Wissenschaftlern und Experten aus dem Bereich der Sprachförderung und mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch. Ziel ist ein Fortbildungsangebot für die Sprachförderkräfte, das auch die Fachberatungen einbezieht.

Das G8 und seine Folgen

Mit der Einführung des flächendeckenden generellen achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs im Jahr 2004 wurden die seinerzeit im Vorfeld geäußerten Befürchtungen des Philologenverbandes kaum oder gar nicht berücksichtigt. Abgesehen davon, dass mit einer Schulzeitverkürzung keinesfalls die Garantie für einen schnelleren Einstieg ins Berufsleben geliefert werden kann, kommen nun die vom PhV prognostizierten Schwächen der verkürzten Schulzeit und die damit verbundene Komprimierung des Unterrichtsstoffes ans Licht. Die Folgen der Verkürzung durch das G8 sind Anlass für Zweifel an der Nachhaltigkeit einer kürzeren Schulzeit und fördern Sorgen, ob sich die Qualität des Abiturs erhalten lässt. Die anhaltenden Schülerströme an die Gymnasien und die gleichzeitig zu registrierenden sinkenden Quoten der Nichtversetzungen, insbesondere aber die stark reduzierte Unterrichtszeit im G8, die nach wie vor randvollen Klassen in der Unter- und Mittelstufe und der Lehrermangel insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern, der sich in den nächsten Jahren aufgrund der anstehenden Pensionierungen noch verstärken wird, sind Themen, welche die Landesregierung und das Kultusministerium aktiv im Blick haben müssen. Hier sind schnelle Korrekturen angezeigt.

Die Einführung des G8 erfolgte aus PhV-Sicht zu schnell. Die Lehrkräfte waren darauf zu wenig vorbereitet und fortgebildet. Inzwischen hat sich einiges geändert. So finden beispielsweise sogenannte ZPG-Fortbildungen (Zentrale Projekt-Gruppen-Fortbildungen) statt. Mit einer flächendeckenden Weiterbildung zum exemplarischen und kompetenzorientierten Lernen sollen die anfänglichen Defizite beseitigt werden. Der Philologenverband fordert eine stärker auch am Fach orientierte professionelle Fortbildung aus erster Hand, denn der Erwerb und die Vermittlung von Kompetenzen setzt eine gute fachliche Ausbildung voraus.

Kritisiert wird von Fachlehrern die mit dem G8 verbundene Vorverlagerung anspruchsvoller Stoffgebiete. Eine immer frühere Einschulung in der Grundschule und eine gleichzeitige Verkürzung der gymnasialen Schulzeit lässt Schüler nicht zugleich früher reifen. Das führt dazu, dass Schüler oft noch zu jung und unreif sind, um kompliziertere Sachverhalte der Oberstufenthemen zu verstehen und auf der Grundlage eines reifen Intellekts zu interpretieren.

Beklagt wird auch, dass sich ein vermehrter Ganztagsunterricht auf das Vereins- und Kulturleben negativ auswirkt. Vereine haben Schwierigkeiten beim Finden geeigneter Trainer und Übungsleiter. Probleme ergeben sich auch für schulische Chor- und Orchesterproben. Das engere Zeitraster im G8 lässt Schülern weniger Zeit für die musischen Angebote einer Schule. Diese Auffassung wird auch von Vertretern der Lehrerfachverbände bestätigt, die sich kürzlich mit dem Philologenverband zu einem Meinungsaustausch am ‚Runden Tisch‘ in Stuttgart trafen.

Optionale Parallelität von G8 und G9

Der Philologenverband plädiert für eine optionale Parallelität von acht- und neunjährigem gymnasialen Bildungsgang. Vorstellbar wäre für den PhV ein G8-plus-Modell, wie es das Mosbacher Auguste-Pattberg-Gymnasium bereits entwickelt hat, das auf breite Akzeptanz stößt.

In einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten und kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellten Bericht zeigte sich, dass beispielsweise ein Viertel aller Frauen nach der Schule für eine längere Zeit ins Ausland geht. 32 Prozent der Frauen begründen sogar ihre verzögerte Aufnahme eines Studiums damit, dass sie zunächst freiwillig eine Pause einlegen wollten. Hier stellt sich die Frage, warum ein Gymnasiast bei einer Nichtversetzung die Schulzeit um ein Jahr verlängern kann, ihm aber eine Schulzeitverlängerung auf freiwilliger Basis verwehrt bleiben soll.

Abitur 2012

Zu hören ist, dass immer noch mit alten Schulbüchern gearbeitet wird, die nicht passend auf den neuen Bildungsplan 2004 zugeschnitten sind. Die Schulbuchverlage beklagen einen Rückgang der Umsätze, weil die Kommunen in immer stärkerem Maße unter der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden und die Etats für Bildungsmedien kürzen wollen. Gerade auch im Blick auf den doppelten Abiturientenjahrgang 2012 darf jedoch an den für einen modernen Unterricht erforderlichen Bildungsmedien nicht gespart werden. Dafür setzt sich der Philologenverband ebenso ein wie für eine gute Abwicklung des Abiturs 2012.

Von politischer Seite wird inzwischen betont, dass mit zusätzlichen Deputaten die Orientierungs- und Beratungsangebote an den Gymnasien bzw. Hochschulen bedarfsorientiert ausgebaut werden sollen. Zu begrüßen sind Initiativen des Kultusministeriums wie zum Beispiel die dialogorientierte Veranstaltungsserie „Klassenzimmer on tour“, mit der Elternvertreter über die gemeinsame Kursstufe, über das Abitur 2012 und über Anschlussperspektiven informiert werden sollen. Ob dieses Informationsangebot ausreicht, bleibt abzuwarten. Wichtig ist, dass mit dem Doppelabitur verbundene organisatorische Notwendigkeiten in enger Abstimmung mit den Schulen, Kommunen und dem Kultusministerium erfolgen.

Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern

Der Philologenverband hofft, dass künftig und auch nach der Landtagswahl 2011 der Fokus weniger auf eine Veränderung der Schulstruktur gerichtet wird, sondern vielmehr auf eine weitere Ausgestaltung der schulischen Qualität des an der unterschiedlichen Begabung und am Leistungsvermögen eines Kindes sich orientierenden durchlässigen gegliederten Schulsystems. Nach dem G9/G8-Doppelabitur ergibt sich aufgrund des prognostizierten Schülerrückgangs nun die Chance und aus der Sicht des PhV die dringende Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen an den Gymnasien deutlich zu verbessern: zum Beispiel durch die zwingend notwendige Absenkung der Lehrer-Unterrichtsverpflichtung auf 24 Stunden, durch den Abbau der Überstunden-Bugwellen, durch die Bildung kleinerer Klassen (maximal 25 Schüler), durch die Gewährung von Klassenlehrerstunden und durch den Aufbau einer funktionierenden Vertretungsreserve. Notwendig sind ferner eine bessere Gesundheitsprävention für Lehrkräfte und eine moderne Ausstattung der Lehrerarbeitsplätze. Auf

keinen Fall dürfen mit den zu erwartenden sinkenden Schülerzahlen nach 2012 Lehrerstellen an den Gymnasien und Mittel für den Bildungsbereich gestrichen werden.

Gewaltprävention braucht mehr Zeit

Verantwortung für die Entwicklung und Erziehung zu einer gesunden Persönlichkeitsstruktur tragen nach Auffassung des Philologenverbandes nicht nur die Schulen, sondern vorrangig die Eltern. Die Lehrer sind bereit, und das gehört zu ihrer beruflichen Profession, nach besten Kräften im Rahmen der gewährten Möglichkeiten an der Vermittlung von Werten und mitmenschlichem sozialem Verhalten mitzuwirken sowie gewaltfreie Wege der Konfliktbewältigung aufzuzeigen. Auch die Medien sind hier besonders gefordert. Der Philologenverband plädiert auch für die Einstellung von zusätzlichem nicht-unterrichtendem und unterstützendem Personal als „wichtige Ergänzung“ zu dem kürzlich vom „Sonderausschuss ‚Konsequenzen aus dem Amoklauf Winnenden und Wendlingen – Jugendgefährdung und Jugendgewalt‘ vorgelegten Abschlussbericht mit Empfehlungen. Über ein größeres Zeitfenster für pädagogische und erzieherische Arbeit an den Schulen sollte aus Sicht des Verbandes intensiv nachgedacht werden. Die vom Kultusministerium beabsichtigte Ausweitung des Jugendbegleiterprogramms wird vom Philologenverband ausdrücklich begrüßt.

Gegliedertes Schulsystems beibehalten

Positiv registriert wird vom Philologenverband auch, dass sich die Landesregierung stets für die Beibehaltung gegliederten Schulsystems ausgesprochen hat. „Eine verantwortungsbewusste Bildungspolitik respektiert gewachsene Strukturen und macht diese zum Ausgangspunkt für pädagogische Modernisierungsprozesse.“ Diesem Versprechen des

ehemaligen Kultusministers Helmut Rau, die verschiedenen Bildungsgänge im gegliederten Schulwesen qualitativ weiterzuentwickeln, wobei der Schwerpunkt auf dem konsequenten Ausbau differenzierter Förderangebote liegen soll, dürfte sich auch Kultusministerin Marion Schick verpflichtet fühlen. Durch eine im letzten Jahr veröffentlichte „forsa“-Umfrage wurde bestätigt, dass lediglich eine Minderheit von 31 Prozent aller Bundesbürger für die Abschaffung des bisherigen Schulsystems und für die Einführung einer Einheitsschule sind, die nach dieser Umfrage in allen Gruppen (auch von Eltern mit schulpflichtigen Kindern) mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Auch glaubt laut jener Umfrage nur eine Minderheit von 29 Prozent, dass die Leistungsfähigkeit des deutschen Schulsystems durch die Einheitsschule verbessert würde. Eine klare Mehrheit von 65 Prozent glaubt dies nicht.

Respekt und Vertrauen erforderlich

Der Philologenverband Baden-Württemberg setzt sich für eine gute Zusammenarbeit aller am schulischen Leben Beteiligten ein. Plädiert wird für ein gut differenziertes gegliedertes und begabungsgerechtes Schulsystem in einem von gegenseitigem Respekt und Vertrauen bestimmten schulischen Klima, in dem das Gymnasium mit dem Abiturzeugnis die Qualifikation für die Aufnahme eines Hochschulstudiums liefert. Hierfür steht der Philologenverband, der sich einen konstruktiven Dialog mit den Eltern wünscht mit dem Ziel, dass jedes Kind begabungs- und chancengerecht bestmöglich gefördert wird.

*Hans-Eckhard Giebel,
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
im Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW),
Redaktion „Gymnasium“ – Zeitschrift des PhV BW*

G8-Schüler sind in Mathe schlechter

Erste wissenschaftliche Ergebnisse zur Verkürzung der Gymnasialschulzeit

Sachsen-Anhalts Schülerinnen und Schüler, die das Abitur nach acht, statt nach neun Jahren abgelegt haben, schneiden im Fach Mathematik signifikant schlechter ab.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie von Wirtschaftswissenschaftlern der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Die beiden Wissenschaftler der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Jun.-Prof. Dr. Stephan Thomsen und Dr. Bettina Büttner, haben die Wirkungen der Schulzeitreform auf die Leistungen von Sachsen-Anhalts Abiturienten im schriftlichen Abitur untersucht. Das Ergebnis: Die durchschnittliche Abiturientin muss im Fach Mathematik im schriftlichen Abitur einen erwarteten Punkterückgang von 8% (von 7,7 auf 7,1) hinnehmen, der Rückgang für den durchschnittlichen Abiturienten liegt sogar bei 11% (von 7,8 auf 6,9). Zudem hat die Reform einen signifikant negativen Effekt auf die Englischkenntnisse bei Schülerinnen, nicht jedoch bei Schülern; deren Kenntnisse sind im Durchschnitt aber geringer. Im Fach Deutsch können keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen beiden Jahrgängen festgestellt werden.

Die Studie beschränkt sich zwar auf Sachsen-Anhalt, die beiden Autoren, die Wirtschaftswissenschaftler Bettina Bütt-

ner und Stephan Thomsen von der Universität Magdeburg, halten sie dennoch „für exemplarisch und die Ergebnisse für allgemeingültig“, da sich die grundlegenden Strukturen in den Gymnasien sowie die Schüler nicht wesentlich zwischen den Ländern unterscheiden würden.

„Aus der Verschlechterung der Mathematikkenntnisse der Abiturienten ergeben sich veränderte Anforderungen an nachfolgende Bildungseinrichtungen und möglicherweise Konsequenzen für den Arbeitsmarkt“, so Dr. Bettina Büttner. „Die Verringerung der mathematischen Kenntnisse ist gerade im Hinblick auf die große Nachfrage nach Ingenieuren und Naturwissenschaftlern auf dem Arbeitsmarkt besorgniserregend.“ Zudem verdeutliche die Studie die zentrale Bedeutung der Lernintensität für den Bildungserfolg, so Jun.-Prof. Dr. Stephan Thomsen. „Das künftige Augenmerk der Bildungspolitik sollte weniger auf die Bedeutung der Bildungsquantität sondern stärker auf das Verständnis der Faktoren gerichtet werden, die die Qualität der Bildung beeinflussen.“

Quelle: Universität Magdeburg